

1 **Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 10. Mai 012**

2 **SSW – Keine Partei der dänischen Minderheit**

3

4 1. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) ist nach Auffassung der Jungen Union
5 Schleswig-Holstein keine Partei der dänischen Minderheit nach dem Wahlgesetz
6 für den Landtag von Schleswig-Holstein. Entsprechend fordert die Junge Union
7 Schleswig-Holstein, dass der SSW bei zukünftigen Landtagswahlen nicht mehr von
8 der Fünfprozenthürde befreit ist.

9

10 Begründung:

11 In den letzten Jahren hat sich die politische Positionierung des SSWs immer weiter von
12 einer Interessenvertretung der dänischen Minderheit in Deutschland zu einer allgemeinen
13 linken Programmpartei entwickelt. Einen Höhepunkt fand diese Entwicklung mit einer kla-
14 ren Koalitionsaussage vor der Landtagswahl 2012 für ein Bündnis aus SPD, Grüne und SSW.
15 Der SSW hat damit den Korridor für einen breiten gesellschaftlichen Konsens der Minder-
16 heitenpolitik in Schleswig-Holstein verlassen und sich so als Vertreter der dänischen Min-
17 derheit disqualifiziert.

18 Hinzu kommt, dass der SSW nach der Einführung der Zweitstimme in Schleswig-Holstein
19 nicht mehr nur im Landesteil Schleswig sondern auch in Holstein zu Wahlen antritt. Immer
20 mehr Mitglieder und Wähler des SSWs erfüllen nicht die Eigenschaften von Mitgliedern
21 einer nationalen Minderheit. Das bedeutet zum Beispiel, dass kein Unterschied in der ei-
22 genen Identität durch Sprache, Kultur und Geschichte zur Mehrheitsbevölkerung besteht
23 oder angestammte Siedlungsgebiete der dänischen Minderheit bewohnt werden.

24

25 2. Die Junge Union Schleswig Holstein fordert weiter die Sonderrechte der dänischen
26 Minderheit im Wahlgesetz für den Landtag von Schleswig-Holstein abzuschaffen. Dies
27 schließt aber Einschnitte in weiteren Sonderregelungen aus.

28

29 Begründung:

30 Die Regelungen der dänischen Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein stammen aus
31 den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie haben einen wesentlichen Beitrag dazu ge-
32 leistet, dass sich sowohl Dänen als auch Deutsche nach vielen Jahrzehnten der Entfrem-
33 dung angenähert haben und wir heute eine gesunde deutsch-dänische Freundschaft haben.
34 Dies bezieht sich auch ausdrücklich auf die nationalen Minderheiten in beiden Grenzlä-
35 dern.

36 Mittlerweile haben sich sowohl die politischen als auch gesellschaftlichen Rahmenbedin-
37 gungen in Schleswig-Holstein erheblich verändert. Der Europäische Einigungsprozess und
38 die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland führen dazu, dass auch die
39 Minderheitenpolitik angepasst werden muss. Die Entspannung des deutsch-dänischen

40 Verhältnisses im europäischen Kontext und die allgemeine Akzeptanz der dänischen Min-
41 derheit und ihrer Kulturpflege lassen einstige Sonderrechte unnötig werden. Hinzu kommt,
42 dass auch die Bevölkerung in Schleswig-Holstein pluralistischer geworden ist. Menschen
43 verschiedener Nationen und Kulturen haben in Schleswig-Holstein eine Heimat gefunden.
44 Es fällt zunehmend schwer zu erklären, warum die dänische Minderheit Sonderrechte zu-
45 gestanden bekommt.